

# Die NABU-Forderungen im Check:

## Detail-Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025

### Naturschutz



Begrüßenswert im Wahlprogramm der SPD sind die klaren Bekenntnisse zu internationalen Verpflichtungen und zum Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sowie das Bestreben, Schutzgebiete auszuweiten und ökologisch wertvolle Flächen besser zu vernetzen. Allerdings bleibt das Programm der SPD insgesamt vage und wenig konkret, sodass unklar bleibt, inwiefern Vorhaben wie beispielsweise der Bürokratieabbau ohne Beeinträchtigung für die Natur gelingen sollen.



Das Programm der CDU/CSU adressiert relevante naturschutzpolitische Herausforderungen (z. B. Bedarf der Intensivierung des Moorschutzes), bleibt aber in möglichen Lösungsansätzen insgesamt recht unkonkret. Positiv ist der Anspruch, die Qualität von Schutzgebieten zu verbessern, Lebensräume stärker zu vernetzen und den Flächenverbrauch zu reduzieren. Zahlreiche Vorschläge bilden jedoch eher den allgemeinen Konsens ab (z. B. Honorierung von Ökosystemleistungen oder das Ziel, Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen). Das von CDU/CSU propagierte Verständnis von "modernem Artenschutz" lässt allerdings befürchten, dass die vorgeschlagene "regelmäßige Überprüfung der geltenden Schutzvorschriften" den Druck auf bedrohte Arten deutlich erhöht.



Das Programm der Grünen zur Bundestagswahl ist sehr umfangreich und enthält zahlreiche sinnvolle Ansätze, um den naturschutzpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. An einigen Stellen sind die natur- und artenschutzpolitischen Vorhaben etwas unzureichend skizziert. Gänzlich neue Ansätze sind nicht erkennbar.



Naturschutzpolitisch spart die FDP nicht an plakativen Ideen, die der Natur vor allem schaden: Ersatzgeld statt Ausgleich und Kompensation, Entlastung von Behörden und Unternehmen durch Abschwächung naturschutzrechtlicher Standards, Populationsstätt Individuenschutz, Abschuss von Wolf und Kormoran.



Im Wahlprogramm der Linken ist das Kapitel zum Naturschutz insgesamt recht umfangreich und formuliert teils sehr ambitionierte Ziele, deren Umsetzbarkeit aber teilweise unklar bleiben.










Es sind keine Hinweise zu Naturschutz(politik) im BSW-Wahlprogramm des enthalten.



Die AfD instrumentalisiert den Naturschutz im Wahlprogramm für populistische Zwecke, etwa durch die pauschale Ablehnung Erneuerbarer Energien und fortschrittlicher politischer Programme wie den European Green Deal.

# Die NABU-Forderungen im Check:

## Detail-Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025

							
Agrar	<p>Auch wenn sich die SPD für einen Umbau der Landwirtschaft und die Honorierung von Ökosystemleistungen einsetzt, fehlt es im Wahlprogramm der SPD an neuen Ideen und Maßnahmen zur Erreichung der ökologischen Ziele.</p>	<p>Die CDU/CSU setzt bereits in ihrer Problem-beschreibung voraus, dass die Landwirtschaft nachhaltig und natur-schonend arbeitet. Aus diesem Grund lehnt sie im Wahlprogramm eine Weiterentwicklung von Umweltvorgaben ab und will auch die bereits bestehenden Vorgaben weiter abschwächen.</p>	<p>Die Forderungen zur Agrarpolitik im Programm der Grünen stimmen mit den Forderungen und Vorschlägen des NABU zur Zukunft der Landwirtschaft überein. Das Kapitel ist im Gegensatz zu denen von CDU und SPD sehr ausführlich und detailliert.</p>	<p>Die Ausrichtung auf Innovation, Produktions-steigerung und Umweltauflagen sollen laut der FDP abgeschwächt werden.</p>	<p>Der Schwerpunkt bei der Linken liegt auf der sozial-gerechten und ökologischer Agrarwende. Die Forderungen entsprechen jedoch in vielen Punkten den NABU-Forderungen.</p>	<p>Umweltauflagen werden durch das BSW kritisiert und sollen abgebaut werden.</p>	<p>Keiner der zentralen Inhalte bietet Schnittmengen mit NABU-Forderungen. Zudem leugnet die AfD die menschengemachte Klimakrise und eine Bedrohung der Artenvielfalt durch menschliches Handeln.</p>
Wald	<p>Die SPD will die Rahmen-bedingungen für die Waldbewirtschaftung anpassen, um die Öko-systemleistungen der Wälder zu erhalten. Konkrete Maßnahmen oder Umsetzungsideen bleiben im Wahl-programm jedoch aus.</p>	<p>Die CDU/CSU erkennt die vielfältigen Funktionen des Waldes an, setzt sich jedoch weiterhin für eine ganzflächige Nutzung der Wälder ein. Die Union spricht sich gegen Flächen für die Naturwaldentwicklung aus, die dringend für den Arten- und Klimaschutz benötigt werden. Darüber hinaus befürwortet sie die Verbrennung von Holz zur Wärmegegewinnung.</p>	<p>Im Vergleich zu anderen Parteien wird von den Grünen mehr Wert auf Naturschutz und Waldpolitik gelegt. Sie setzen auf ein modernes Bundeswaldgesetz, das natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard macht und wollen mehr Mittel für die Förderung einer klimaangepassten Waldentwicklung zur Verfügung stellen.</p>	<p>Das Wahlprogramm der FDP steht im klaren Widerspruch zu den Forderungen des NABU. Die FDP setzt auf weitere Deregulierung, ökosystemfremde Baumarten, erkennt Akteure oder Interessen des Waldnaturschutzes nicht an und ist wissenschaftsfern (Klimaschutz durch mehr Nutzung, Stabilisierung der Wälder durch Überprägung mit ökosystemfremden Arten, Jagd = Naturschutz).</p>	<p>Thema Wald fehlt im Wahlprogramm der Linken.</p>	<p>Es fehlen beim BSW Inhalte zu Naturschutz und Waldökosystemen. Stattdessen wird Walderhalt mit Nutzung gleichgesetzt, Holzverbrennung befürwortet und der Einsatz fremder Baumarten unterstützt. Der Fokus liegt auf dem Erhalt von Agrarflächen, während Wälder, Grünland und Moore lediglich durch schonende Nutzung gesichert werden sollen.</p>	<p>Die AfD lehnt Klimawissenschaften ab und setzt die Nutzung der Wälder mit deren Erhalt gleich. Flächen zur Naturwaldentwicklung lehnt die AfD ab.</p>

# Die NABU-Forderungen im Check:

## Detail-Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025

### Meer



Meerespolitisch bleibt das Programm der SPD hinter dem Anspruch einer verantwortungsvollen Regierungsführung zurück. Lediglich die Forderung nach Meeresschutzgebieten als echte Rückzugs- und Erholungsräume für Arten entspricht den Forderungen des NABU. Positiv hervorzuheben ist das Versprechen einer Flächenplanung, die ein konfliktfreies Miteinander von Naturnutzung und Naturschutz ermöglichen soll und damit Ansatzpunkte für eine zukunftsorientierte marine Raumplanung bietet.



Die Meerespolitik im Wahlprogramm der Union zeigt Licht und Schatten. Während es mit einer besseren Qualität von Schutzgebieten, naturbasiertem Klimaschutz und der Bergung von Munitionsaltlasten Schnittmengen mit dem NABU aufweist, finden sich u. a. mit der Überprüfung geltender Schutzvorschriften und zum Wegfall der Ausgleichspflicht von Küstenschutzmaßnahmen beunruhigende Formulierungen.



Das meerespolitische Programm der Grünen ist umfassend und ambitioniert. Hervorzuheben sind 10 Prozent unberührte Rückzugsrefugien in der deutschen Nord- und Ostsee und die Fortsetzung der Bergung von Kriegsaltlasten. Sprachlich neu ist die naturschutzverträgliche Energiewende, Hoffnung macht die Bereitschaft zum planerischen Nachsteuern zur Auflösung von Zielkonflikten zwischen Klima- und Naturschutz.



Der Meeresschutz ist nicht im Wahlprogramm der FDP zu finden.



Der wirksame Schutz der Meere und ihrer Funktionen für Menschen, Tiere und Pflanzen ist bei der Linken positiv zu bewerten. Schnittmengen mit den Forderungen des NABU zeigen sich bei der Finanzierung des natürlichen Klimaschutzes, der Regulierung der Fischerei und der Reduzierung von Nährstoffeinträgen. Allerdings sind die Formulierungen vage und unklar.



Der Meeresschutz ist nicht im Wahlprogramm des BSW zu finden. Stattdessen geht es um die Nutzung der Nord Stream Pipelines für russisches Erdgas, die Priorität des technischen Küstenschutzes und dem Bau von Dämmen und Deichen.



Die Ablehnung von Naturschutz-Kernzonen und Fischereieinschränkungen durch die AfD würde die Übernutzung der Meere weiter verschärfen. Die Kritik an der Offshore-Windenergie wirkt angesichts der Leugnung des Klimawandels eher wie eine Instrumentalisierung des Naturschutzes.

### Klima & Energie

Die SPD legt ein Konzept für den Weg zur Klimaneutralität bis 2045 vor, bleibt dabei jedoch unkonkret. Für die Finanzierung von Klimaschutz gibt es eine untermauerte und seriöse Idee. Soziale Fragen des Klimaschutzes werden stark berücksichtigt. In der Energiepolitik verfolgt die SPD einige vielversprechende Ansätze, lässt jedoch auch viele Punkte offen. Die SPD formuliert im Programm erste Ansätze für eine naturverträgliche Energiewende.

Ein überzeugendes Konzept für einen klaren Weg zur Klimaneutralität bis 2045 fehlt bei der Union, da sie weiterhin auf fossile Energien setzt. Die Finanzierung des Klimaschutzes bleibt vage. Soziale Fragen des Klimaschutzes werden zwar angesprochen, doch konkrete Lösungen und Finanzierungsvorschläge fehlen. In der Energiepolitik gibt es einige vielversprechende Ansätze, Details bleiben jedoch unklar. Zu einer naturverträglichen Energiewende werden kaum verbindliche Zusagen gemacht.

Der Weg in Richtung Klimaneutralität bis 2045 folgt einem klaren Konzept, dass auch mit klaren Ideen für eine Finanzierung untermauert wird. Soziale Fragen des Klimaschutzes spielen eine tragende Rolle. In der Energiepolitik werden wichtige Themen angesprochen, Lösungsansätze bleiben dabei allerdings teilweise unkonkret. Eine naturverträgliche Energiewende wird mitgedacht, aber nicht immer konsequent umgesetzt.

Das Ziel von 2045 wird von der FDP in Frage gestellt, während der Weg zur Klimaneutralität einseitig über den Emissionshandel skizziert wird. Zur Finanzierung von Klimaschutz gibt es kaum Ideen. An fossilen Energien soll festgehalten werden. Jenseits des Emissionshandels gibt es kaum überzeugende Ansätze. Eine naturverträgliche Energiewende spielt im Programm der FDP keine Rolle.

Die Linke formuliert ein klares Ziel zum Erreichen der Klimaneutralität, es fehlt teilweise aber an einem klaren Konzept, dieses sehr ambitionierte Ziel auch tatsächlich zu erreichen. Soziale Fragen des Klimaschutzes werden stark betont, es fehlt trotz vieler Ideen jedoch ein realistisches Konzept zur Finanzierung von Klimaschutz. In der Energiepolitik mangelt es an überzeugenden Instrumenten. Für eine naturverträgliche Energiewende werden erste Schritte, wie z. B. der Solarstandard, adressiert.

Vom BSW gibt es eine klare Absage an das Ziel der Klimaneutralität und ein Festhalten an fossilen Energien. Zentrale Instrumente der Klimapolitik, wie die CO2-Bepreisung, werden abgelehnt. Obwohl das BSW soziale Fragen betont, fehlt ein klares Konzept zur Finanzierung des Klimaschutzes. Die Klimapolitik wird kaum thematisiert, ebenso wie eine naturverträgliche Energiewende.








Klima- und energiepolitisch erfolgt ein Rückschritt. Die menschengemachte Klimakrise und etablierte Klimawissenschaften werden von der AfD in Frage gestellt. Fast alle progressiven Ansätze in der Klimapolitik werden abgelehnt, während fast nur auf fossile Energien gesetzt wird. Natur- und Klimaschutz werden gegeneinander ausgespielt.

# Die NABU-Forderungen im Check:

## Detail-Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025

### Kreislaufwirtschaft & Ressourcen

### Industrie

							
	Das Thema Kreislaufwirtschaft wird im Programm ausgeführt, allerdings schränkt die SPD ihre eigens entwickelte Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie ein, indem sie diese lediglich "pragmatisch" umsetzen würden.	Die CDU hat Forderungen des NABU in Bezug auf Kreislaufwirtschaft in das Wahlprogramm aufgenommen und verknüpft das Thema richtigerweise mit der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.	Die Grünen haben in ihrem Wahlprogramm ambitionierte Ziele zur Kreislaufwirtschaft formuliert, die den Forderungen des NABU entsprechen. Sie verknüpfen Kreislaufwirtschaftsthemen sinnvoll mit z. B. dem Vergaberecht oder dem Zollrecht.	Die FDP spricht sich in ihrem Wahlprogramm für die Schwächung von bisherigen Regelungen zum Thema Kreislaufwirtschaft aus.	Die Linke hat in ihrem Wahlprogramm zentrale Forderungen des NABU zum Thema Kreislaufwirtschaft aufgenommen. Die Linke setzt sich als einzige Partei für ein Ressourcenschutzgesetz ein.	Das Wahlprogramm der BSW trägt nichts Wesentliches zum Aufbau und der Weiterentwicklung einer Kreislaufwirtschaft bei.	Die AfD beschreibt in ihrem Programm keine Ideen, wie eine Kreislaufwirtschaft weiterentwickelt werden kann. Vielmehr spricht sie sich gegen EU-Regelungen aus, die beispielsweise giftige Stoffe wie PFAS regulieren würden.
	Die SPD will die Elektrifizierung und den Wasserstoffausbau fördern, grüne Leitmärkte für grünen Stahl und die Kreislaufwirtschaftsstrategie sowie die Rohstoffstrategie umsetzen.	Die CDU hat viele gute Ansätze in Richtung Klimaneutralität. Allerdings will sie die Unterstützung für den Umbau (Stichwort Klimaschutzverträge) herunterfahren sowie CCS (Carbon Capture and Storage) auch für Gas und Energie zulassen.	Die Grünen treiben die Transformation voran und entwickeln Narrative. Die klimaneutrale Modernisierung der Industrie soll mit einem Instrumentenmix von CO2-Preis, Regulierung und Förderung vorangebracht werden. Dazu gehören Klimaschutzverträge, eine Mindestquote für grünen Stahl und Zement sowie grüne Leitmärkte. CCS (Carbon Capture and Storage) soll nur für schwer vermeidbare Industrieemissionen erlaubt und die Speicherung in Meeresschutzgebieten verboten sein.	Die FDP will alle Standards und die Taxonomie abschaffen, Fracking in Deutschland erlauben und die Kernkraft wieder aufleben lassen.	Die Linke setzt sich für eine aktive Industriepolitik ein, die den Umbau vorantreibt. Dazu etabliert sie grüne Leitmärkte und Beschaffungsstandards.	Das BSW zeichnet ein dystopisches Bild der deutschen Wirtschaft und sieht die Lösung in einer Rückkehr zum russischen Gas sowie einem Austritt aus dem EU-ETS.	Die Wirtschaftspolitik der AfD stellt die ganze Transformation in Frage - vom Green Deal bis hin zum Erneuerbaren Ausbau, sie leugnen den menschengemachten Klimawandel.

# Die NABU-Forderungen im Check: Detail-Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025

							
Verkehr	<p>Das Programm enthält viele gute Ansätze, wie ein klares Bekenntnis zur E-Mobilität und zum Ausbau klimafreundlicher Verkehrsinfrastruktur, einschließlich eines neuen Bundesmobilitätsplans. Allerdings wird weiterhin auf eine Engpassbeseitigung bei Autobahnen gesetzt und die Strafzahlungen für Automobilkonzerne, die die CO2-Grenzwerte nicht einhalten, sollen ausgesetzt werden. Zudem bleibt unklar, was der „pragmatischere“ Weg für die Flottengrenzwerte („Verbrenner-Aus“) konkret bedeutet.</p>	<p>Im Programm der Union ist das klare Bekenntnis zur Bahn positiv zu bewerten, allerdings wird das konterkariert durch ein Stärken des Verbrenner-Autos. Ein Abschaffen der Flottengrenzwerte („Verbrenner-Aus“), Ablehnung von Tempolimit, eine Erhöhung der Pendlerpauschale sowie Erweiterungen an Autobahnen ohne Umweltprüfung stehen den NABU-Forderungen diametral entgegen.</p>	<p>Die Forderungen im Wahlprogramm der Grünen stimmen mit den NABU-Forderungen überein, wie beispielsweise im Bereich E-Mobilität, Finanzierung, sozialer Mobilitätswende. Negativ anzumerken ist, was nicht genannt wurde: die Förderung von E-LKW, die Transformation der Schifffahrt oder der Umgang mit Biokraftstoffen.</p>	<p>Der sogenannte Baustellen-Turbo, die Abschaffung der CO2-Flottengrenzwerte, die Ablehnung des Tempolimit und Technologieoffenheit, obwohl sich E-Mobilität bereits am Markt bewährt hat – all das entspricht nicht den NABU-Forderungen.</p>	<p>Entspricht fast gänzlich den NABU-Positionen, gerade eine Förderung von E-Autos im öffentlichen Dienst, neue Kfz-Steuer für große PkWs und eine sinnvolle Reduzierung von Individualverkehr und Transportwegen sind positiv zu bewerten. Die Linke macht unter anderem Vorschläge, die keine andere Partei erwähnt. Negativ zu bewerten ist jedoch, dass der Verkehr aus dem Emissionshandel ausgenommen werden soll.</p>	<p>Trotz einiger Übereinstimmungen, wie dem Erhalt des Deutschlandtickets oder der Senkung der Trassenpreise für den Güterverkehr, sind die Vorschläge des BSW mit den NABU-Forderungen nicht vereinbar. Preiswerte Kraftstoffe, die Förderung von (kleinen) Verbrennermotoren, der Bau neuer Straßen sowie die Verbreitung von Unwahrheiten über E-Autos sind nicht im Sinne des NABU.</p>	<p>Maßnahmen wie Tempo-30-Zonen, Dieselfahrverbote und ein generelles Tempolimit auf Autobahnen werden von der AfD abgelehnt. Zudem setzt die Partei auf die Abschaffung von Flottengrenzwerten, der CO2-LKW-Maut und Subventionen für klimafreundliche Technologien, was eine Umstellung zu einem klimaneutralen Verkehr unmöglich macht.</p>
Zivilgesellschaft	<p>Positiv sind die Aussagen der SPD zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, zur Stärkung der Freiwilligendienste und zur Bekämpfung von Desinformation. Keine Aussagen finden sich jedoch zur Entlastung ehrenamtlicher Vereine durch Bürokratieabbau.</p>	<p>Das Programm der Union konzentriert sich auf kleine Maßnahmen zur Unterstützung/Entlastung des Ehrenamts. Eine große Vision fehlt. Zwar wird diese im Konzept des Gesellschaftsjahrs von der Union angedeutet, doch bleibt unklar, wie das Pflichtjahr in Relation zu den Freiwilligendiensten und dem ehrenamtlichen Engagement ausgestaltet werden soll.</p>	<p>Positiv zu bewerten sind die Aussagen der Grünen zum Bürokratieabbau für das Ehrenamt, zur Gemeinnützigkeitsreform, zum Recht auf Freiwilligendienste und zur Anerkennung des Ehrenamts. Aussagen zur Vereinfachung des Förderrechts und zum Umgang mit Desinformation fehlen.</p>	<p>Die Aussagen der FDP zum Bürokratieabbau, zur Unterstützung von Ehrenamtlichen und zum Bekenntnis für die Freiwilligendienste sind positiv zu bewerten. Es fehlen jedoch Aussagen zum Gemeinnützigkeitsrecht. Es gibt zudem eine starke Konzentration auf das Ehrenamt im Sport, ohne die Zivilgesellschaft in der Breite zu benennen.</p>	<p>Die Zivilgesellschaft wird von der Linken vor allem auf die gesellschaftspolitischen Fragen verengt. Dabei ist positiv hervorzuheben, dass eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts angestrebt wird. Aussagen zum Bürokratieabbau, Förderrecht oder zum Freiwilligendienst sind im Wahlprogramm nicht zu finden.</p>	<p>Das Ehrenamt wird vom BSW unter dem Blickwinkel Sicherheit, Schutz und Gesundheitsvorsorge betrachtet. Es finden sich keine Aussagen zu Bürokratieabbau, Gemeinnützigkeitsrecht oder den Freiwilligendiensten.</p>	<p>Ehrenamt und Zivilgesellschaft sind bei der AfD ausschließlich Thema, wenn es darum geht, deren Agenda als links-grün zu brandmarken. Es liegt keine positive Idee von Engagement zu Grunde.</p>